Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt.

Amtsblatt.

Nr 109. Donnerstag, den 12. Mai 1904. Beilage.

Himmelfahrt.

Verständnislos stehen viele vor diesem Wort, — und doch tragen, wie die Wandervögel die Gewißheit des fernen, fremden Landes, so auch sie das Bewußtsein einer höheren Bestimmung in der unsterblichen Seele. Darum ist es, so weltförmig auch der Unglaube scheinen mag, doch ein krankhafter Zustand, wenn der Mensch nicht mehr hoffend gen Himmel blickt Wenn eine Pflanze nicht frei zum Himmelslicht aufstreben kann, wächst sie schief, verkümmert, und wenn ein Wanderer der Heimat vergißt, so fängt er an lässig und planlos zu reisen, sein Herz zu fest an Vorübergehendes zu hängen, seine Pflicht zu versäumen. So liegt auch der tiefste Grund aller Verirrung, Krankheit und Not unserer Zeit wohl darin, daß die Menschen den Himmel vergessen, das rechte Ziel aus dem Auge verloren haben. Wir sind nun einmal für die Ewigkeit geschaffen, himmelan geht unsere Bahn.

Was so aber jeder Mensch ahnend in sich trägt, das ist uns besiegelt durch die Himmelfahrt Christi ein Wunder vor menschlichen Augen, und doch der einzig mögliche Abschluß des ganzen göttlichen Lebens und Wirkens Jesu, und bezeugt durch die Jünger und bestätigt durch ihr ganzes freudiges Auftreten vor der Welt: Christus ist aufgefahren über alle Himmel! — Für alle Christen aber hat nun auch die Erde einen ganz neuen Glanz, und das Leben ein gewisses Ziel erhalten, und der sichtbare Himmel ist zum herrlichen sternbesäeten Vorhang geworden einer noch viel herrlicheren Welt über allen Himmeln Ueber alles Leid aber tröstet und erhebt die Gewißheit:

Auf Christi Himmelfahrt allein ich meine Nachfahrt gründe
Und allen Zweifel, Angst und Pein hiermit stets überwinde;
Denn weil das Haupt im Himmel ist, wird seine Glieder Jesus Christ
Zur rechten Zeit nachholen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 10. Mai.

Zu der **Ersten Kammer** erstattete zunächst der **Kronprinz** Bericht über die Etats der **Bergakademie zu Freiberg** und über die Petitionen über die Herstellung von **Straßen** und **Brücken**, weiter Oberbürgermeister Dr. **Tröndlin** über die **Porzellanmanufaktur** und den **Berg-Hütten** und **Münzetat.**

Von 64 Petitionen, die auf Erbauung von **Eisenbahnen** und Errichtung von **Haltestellen** usw. hinauslaufen, werden 28 der Regierung zur Kenntnisnahme und sieben zur Erwägung überwiesen, während die übrigen entweder zur Zeit oder ganz auf sich beruhen gelassen werden.

Sächste Sitzung, Mittwoch mittag 12 Uhr. Etat, Petitionen.

In der **Zweiten Kammer** erstattete zunächst der Abg. **Hähnel** Bericht über den Etat der **Universität Leipzig** und der **Technischen Hochschule zu Dresden.**

Abg. **Rüder**-Roßwein (kons.) drückt die Hoffnung aus, daß in der nächsten Session die Realgymnasialabiturienten die volle Berechtigung zum juristischen Studium haben werden.

Abg. **Opitz**-Treuen (kons.) wünscht eine Feststellung des Anteils der außersächsischen Studierenden an der Frequenz der Universität und eine Erhöhung der Sporteln für Nichtsachsen. Ferner tritt er für juristische Zwischenprüfungen ein. Der Ueberfüllung des juristischen Studiums müsse durch Warnungen in den Amtsblättern vorgebeugt werden.

Kultusminister Dr. **von Seydewitz:** Es lassen sich gute Gründe für wie gegen die juristischen Zwischenprüfungen anführen. In Berlin will man aber von solchen nichts wissen, und ohne ein Einvernehmen mit Preußen können wir Schritte in dieser Richtung nicht unternehmen. Die Lage in Bezug auf die Besetzung der einzelnen Fakultäten kann sich sehr schnell ändern. Man müßte also bei etwaigen Warnungen mit höchster Vorsicht verfahren. Ein starker Ausländerbesuch auf unserer Universität beweist ihren guten Ruf im Auslande. Außersächsische deutsche Studenten differential zu behandeln, ist vollständig ausgeschlossen. (Bravo.) In den Laboratorien werden Plätze an Ausländer erst dann vergeben, wenn alle inländischen Studierenden untergebracht sind. Die Zahl der Reichsausländer beträgt 11—12 Prozent. Es schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen den deutschen Unterrichtsverwaltungen wegen gleichmäßiger Erhöhung der Gebühren für ausländische Studierende; ich hoffe, daß wir bald ein erwünschtes Resultat erzielen.

Abg **Hähnel** wendet sich mit Entschiedenheit gegen den von einigen Mitgliedern des Professorenkollegiums der Technischen Hochschule bei der Wahlagitation gegen die herrschende Partei im Landtage erhobenen Vorwurf der politischen Rückständigkeit.

Darauf wird das Deputationsvotum einstimmig angenommen.

Das Haus verhandelt dann über einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur **Abänderung der Landtagsordnung,** derzufolge die Direktorien der beiden Kammern auch in der sessionsfreien Zeit die Verwaltung des Landtagsgebäudes nebst Zubehör behalten

Abg **Schulze**-Dresden (natl): Es würde sich empfehlen, die Landtagsordnung auch anderweit zu ändern. Es war mir nicht möglich, vorhin auf die Vorgänge des Abg. Hähnel zu antworten, da er als Berichterstatter das letzte Wort hatte.

Die Abgg. **Günther** und Dr. **Schill** konstatieren gleichfalls, daß das Vorrecht des Schlußwortes stark mißbraucht werden könne.

Der **Präsident** verweist jedoch darauf, daß hierfür die Geschäftsordnung maßgebend sei

Bei dem Kapitel: **Berichtigung von Wasserläufen** beantragt die Deputation, die Petition des Vereins der Weißeritzwasser-Interessenten der Königlichen Staatsregierung in dem Sinne zu überweisen, daß die Weißeritz-Talsperren-Zwangsgenossenschaft gebildet und durch die Rentabilitätsberechnungen genau festgestellt wird, daß ein höherer Staatszuschuß als durchschnittlich 100 000 Mk. jährlich auf 25 Jahre nicht erforderlich ist, im übrigen die Ausgaben nach der Vorlage mit 627 500 Mk. zu bewilligen.

Die Abgg. **Andrä, Rentsch, Facius** und **Greulich** begrüßen den ersten Schritt zur Errichtung von Talsperren mit Freude. Dann wird der Deputationsantrag einstimmig angenommen.

Dann findet eine Reihe von **Petitionen** Erledigung, darunter eine des **Naturheilvereins zu Oberlungwitz,** der um Abschaffung des Kurpfuscher-Paragraphen bittet, aber auf sich beruhen gelassen wird.

Der Abg. **Bleyer** nimmt dabei Gelegenheit, für die Naturheilkunde eine Lanze zu brechen und wendet sich dabei auch gegen den Aerztestand, womit er die Heiterkeit des Hauses erregt. Er wird vom Abg Dr. **Brückner** unter Beifall des Hauses scharf angegriffen.

Weiter werden die Etats der **Zölle und Verbrauchssteuern, der Forsten, Domänen Intraden** sowie **Kalkwerke** genehmigt.

Abg **Andrä** (kons.) verwendet sich dabei für die von den Oberförstern gewünschte Organisation: Abschaffung der Oberforstmeistereien und Bildung eines Forstkollegiums in Dresden, event ell auch einer forstlichen Mittelbehörde, und bittet, daß jetzt schon wichtige forstliche Fragen im Finanzministerium von den Sachverständigen kollegial beraten werden möchten. Früher habe das persönliche Element eine viel zu große Rolle gespielt

Ministerialdirektor Dr. **Barchewitz** teilt mit, daß die Regierung zunächst zwei Oberforstmeistereien einziehen werde, daß sie aber weitere Zusagen für die Zukunft nicht geben könne.

Abg. **Günther**-Plauen (freis.) wünscht eine gründliche Revision der Jagdpachten.

Abg. **Steiger**-Leutewitz (kons.) empfiehlt den Revierverwaltern größere Selbständigkeit einzuräumen

Abg. **Andrä** erklärt sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Preise für Jagdkarten auf 20 Mark und beantragt, den Preis auf 15 Mark, für berufsmäßige Jäger auf 12 Mark festzusetzen.

In demselben Sinne äußern sich die Abgg. **Steiger, Greulich** und **Schubart**

Der Antrag Andrä, wonach die Jagdkartengelder auf 15 Mk. statt auf 20 Mk. erhöht werden sollen, wird abgelehnt. Da auch der Deputationsantrag abgelehnt wird, bleibt alles beim Alten.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Judengesetz, Feuerlöschkassenbeiträge, Etat, Domänenfonds.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Lesung des **Reichshaushalts-Etats,** und zwar zunächst der Etat des **Reichsamt des Innern**

Abg. **Trimborn** (Zentr.) nimmt auf Grund besserer Informationen den früheren, gegen die Westdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft erhobenen Vorwurf zurück, daß sie nicht genügend für ihre Beamten sorge.

Abg. **Lipinski** (Soz.) verlangt weitere gesetzgeberische Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Handlungsgehilfen. Ueber die Einhaltung des Ladenschlusses sei die Kontrolle ungenügend, und die Uebertretung infolgedessen zahlreich. Ein Gehilfe, der eine solche Uebertretung angezeigt habe, sei vom Prinzipal entlassen worden, und der Gerichtshof habe das gebilligt, weil in solcher Anzeige ein Vertrauensbruch gegenüber dem Prinzipal liege. Auch die Ruhezeitstunden und andere Vorschriften würden übertreten.

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.) schildert, wie sich auf Rügen und Neu-Vorpommern das bis vor zwei Jahren bestandene gute Verhältnis im Baugewerbe zwischen Arbeitgebern und Maurern infolge sozialdemokratischer Verhetzung verschlechtert habe. Die Gesellen verlangen jetzt Sonderrechte gegenüber den Meistern. Niemand wolle mehr Akkordarbeit machen. Als Redner u. a. äußert, Bebel sei gestern für die schwarze und gelbe Rasse eingetreten, unterbricht ihn Präsident Graf **Ballestrem** mit dem Bemerken, die gelbe und die schwarze Rasse habe mit dem Reichsamt des Innern nichts zu tun. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Dirksen** (Reichsp.) dankt dem Bundesrat für seine Maßnahmen gegen den internationalen Mädchenhandel.

Abg. **Breiski** (Pole) trägt verschiedene Beschwerden über den Magistrat von Thorn vor, u. a. über dessen Einschreiten gegen die Innungen, als diese ihre Versammlungen auch in polnischer Sprache bekannt machten. Diese Politik der Nadelstiche sei kleinlich.

Abg. **Nacken** (Zentr.) dankt dem Staatssekretär dafür, daß er durch Empfangen einer Deputation die Frage der Privatbeamten-Versicherung um einen Schritt gefördert habe, und legt dann die Notwendigkeit einer solchen Versicherung dar.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Was die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels anlange, so werde darüber durch Vermittlung des Auswärtigen Amts verhandelt. Es handle sich dabei einmal um Anschluß der Regierungen an eine Zentralstation, zweitens darum, ob die Beschlüsse des Pariser Kongresses zur Bekämpfung des Mädchenhandels überhaupt ausführbar seien. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Was die von einem Vorredner berührte neue Handwerker-Enquete betreffe, so würden schon in diesem Sommer die Fragebogen ausgeschickt, und in den nächsten Etat werde eine entsprechende Summe eingestellt werden. Die Beschwerden Brejskis über Thorner Verhältnisse gehören vor die preußischen Behörden, nicht hierher. (Sehr richtig!) Brejski habe auch bemängelt, daß verschiedentlich in Westpreußen und Posen Invalidenrentenfestsetzungen rückgängig gemacht worden seien. Es seien Simulationen vorgekommen, gewerbsmäßig, von unlauteren Elementen. Es sei auch auffallend, wie in Westpreußen und Posen die Zahl der Invalidenrenten seit 1900 sprungweise zugenommen habe. Was endlich die Privatbeamten-Versicherung betreffe, so werde das von den Privatbeamten gesammelte Material im Reichsamt des Innern bezw. im reichsstatistischen Amte gesichtet werden. Sei das geschehen, so sei darüber eine Denkschrift zu erwarten. Bei der nächsten Gewerbe- und Berufszählung werde festgestellt werden, wie viele Privatbeamte es eigentlich gebe.

Abg. **Schmidt**-Frankfurt (Soz.) fragt, was an dem Gerede wahr sei, daß eine Geheim-Enquete über Prügeleien von Arbeitern untereinander stattgefunden habe.

Staatssekretär **Graf Posadwsky:** Das ist eine absolute Ente!

Abg. **Lattmann** (Wirtschaftl. Vereinig.) verbreitet sich über die sozialpolitische Lasten des Handwerks.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erklärt einer Aeußerung des Vorredners gegenüber, er habe nicht gesagt, daß das Handwerk dem Absterben nahe sei; er habe nur gesagt, daß dem Handwerkerstande mit dem allgemeinen Befähigungs-Nachweis nicht zu helfen sei, und diese Ansicht teile er mit dem ganzen preußischen Staatsministerium. An Einführung des allgemeinen Befähigungs-Nachweises sei nicht zu denken. Was die sozialpolitischen Lasten anlange, so werde der Bundesrat von allen Seiten gedrängt, in der Sozialpolitik nicht nachzulassen, und auf der anderen Seite klage man wieder über zu große sozialpolitische Lasten Frei könne doch die Zeche nicht sein, einer müsse doch bezahlen!

Abg. **Horn** (Soz.) verbreitet sich über die Lage der Glasarbeiter.

Abg. **Prinz Carolath** (nat.-lib.) befürwortet Aufbesserung der Lage der Assistentinnen bei den Gewerbe-Inspektionen und wünscht dann noch weitere Anstellung von Assistentinnen.

Abg. **Pachnicke** (freis. Vereinig.) empfiehlt eine von ihm eingebrachte, auch von konservativen, reichsparteilichen und nationalliberalen Abgeordneten mitunterzeichnete Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, bei der Verteilung des Fonds zur Unterstützung der deutschen Kunst beide Zentralorganisationen der deutschen Künstlerschaft zu berücksichtigen. Er selbst und seine Freunde bewilligten jedenfalls diesen Fonds nur, wenn bei Verwendung desselben für alle Kunstrichtungen Parität stattfinde. Der Staat dürfe aber keineswegs einseitig verfahren. Es komme der Künstlerschaft nicht auf Ziffern an, sondern auf das Prinzip. Die Künstler müßten wieder das Bewußtsein erlangen, daß keine Richtung vor der anderen bevorzugt werde. Er bitte, in erster Linie seine Resolution anzunehmen, sei aber auch mit einer inzwischen vom Zentrum beantragten anderweiten einverstanden.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) befürwortet eine vom Zentrum beantragte Resolution, die verlangt, daß alle Richtungen (statt beide Zentralorganisationen) der Kunst berücksichtigt werden sollen.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) tritt der Resolution in der Fassung Kirsch bei

Staatssekretär **Graf Posadowsky:** Die Frage, die in diesem Antrage berührt werde, müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Bedauerlich sei die unter den deutschen Künstlern herrschende Uneinigkeit. Das Bestreben der Künstlerschaft müsse dahin gehen, die Einigkeit wieder herzustellen. Es komme nicht darauf an, ob ein Bild sezessionistisch sei oder nicht, sondern darauf, ob es gut sei.

Abg. **Südekum** (Soz.) erklärt sich gleichfalls für die vom Abg. Kirsch vorgeschlagene Fassung, da dadurch vermieden werde, daß Künstler leer ausgingen, die keiner der beiden Zentralorganisationen angehören.

Abg. **Henning** (kons.) akzeptiert ebenfalls die Fassung Kirsch als die allgemeinere.

Abg. **Pachnicke** (freis. Vereinig.) erwidert dem Staatssekretär, der Riß innerhalb der deutschen Künstlerschaft werde nicht geschlossen, sondern nur erweitert, wenn von seiten der Regierung eine künstliche Scheidung gerade bei solchem Anlaß vorgenommen werde und zieht dann seine Resolution zu Gunsten der Kirschschen Fassung zurück.

Die Resolution wird in der Fassung Kirsch nahezu einstimmig angenommen.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherungswesen" erwidert Staatssekretär **Graf Posadowsky** auf Angriffe, die bei der zweiten Lesung der Abg. Werner gegen die Versicherungsgesellschaft „Viktoria" gerichtet hatte, die vorgenommene eingehende Untersuchung habe nichts ergeben, was ein Einschreiten gegen diese Gesellschaft hätte erforderlich erscheinen lassen können.

Beim Ausgabetitel für die Ausstellung in St. Louis polemisiert Abg. **Graf Oriola** gegen eine Broschüre Anton von Werners, in der er wegen seiner neulichen Aeußerung in diesem Hause bei der zweiten Lesung angegriffen worden sei.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird angenommen.

Schluß der Sitzung 6¾ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Fortsetzung, beginnend mit dem Militäretat.

Aus dem Reiche.

Zentrum ist Trumpf.

In der neuesten Nummer des „Pädagogischen Wochenblattes" findet sich die Mitteilung aus Metz, daß ein dortiger katholischer Oberlehrer im Geschichtsunterricht die Zweifel erwähnt habe, welche die historische Forschung der Anwesenheit des Apostels Petrus in Rom entgegensetzt. Der katholische Religionslehrer, ebenfalls ein staatlich angestellter Oberlehrer, berichtete darüber an den Bischof Benzler, und dieser wandte sich beschwerdeführend an das Ministerium. Der Oberlehrer wurde zur Verantwortung gezogen und erhielt eine Zurechtweisung. Das Blatt stellt zu diesem merkwürdigen Fall folgende Fragen: 1. Hat der katholische Religionslehrer von seiner Eingabe an den Bischof seinem Direktor Meldung erstattet? 2. Hat er seinem Geschichtskollegen vorher von der beabsichtigten Beschwerde Mitteilung gemacht? Werden jetzt alle Geschichts- oder Religionslehrer gemaßregelt, die ihren Zweifel über die Anwesenheit des Apostels Petrus in Rom vor den Schülern ausdrücken? Diese Fragen sind vom pädagogischen Standpunkte aus sicherlich berechtigt. Wir möchten ihnen noch hinzufügen, daß, politisch betrachtet, dieser Metzer Fall wieder einmal grell die Tatsache beleuchtet, daß Zentrum Trumpf ist in Deutschland. Bei den Lehrern an unseren höheren Schulen, die zu ehrlich sind, ihre historische Ueberzeugung zu verleugnen und zu heucheln, droht unter dem Druck, den sie als eine ultramontane Nebenregierung empfinden, eine Verschüchterung Platz zu greifen, die auf die ihnen anvertraute Erziehung unserer Jugend nachteilig einwirken muß. Auch das ist eine Folge der Freundlichkeiten, mit denen die preußische Regierung gemeint hat, die stärkste Partei des Parlaments für ihre Zwecke zu gewinnen können.

Die Stillegung der Ruhrzechen

kam am Dienstag in der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses zur Sprache. Der Oberberghauptmann führte aus, nicht was geschehen sei, sondern was zukünftig zu erwarten sei, gebe Anlaß zur Beunruhigung. Wenn das Stillegen nicht weiter um sich greife, werde von einer bedeutenden Schädigung nicht die Rede sein können. Jedenfalls werde die entstandene Aufregung die gute Folge haben, daß man zukünftig mit dem Stillegen der Zechen recht vorsichtig vorgehen werde. Minister **Möller** erklärte, in Deutschland werde eine **kapitalistische Entwicklung nach Art der amerikanischen Trusts nicht geduldet** werden. Die Kommission war darüber einig, daß unbedingt Maßregeln zur Beseitigung der eingetretenen und der noch eintretenden Schädigungen notwendig sei.

Weise Sparsamkeit.

In einem Artikel über den Steuerzettel, der in den letzten Tagen in die Hände der Steuerzahler gelangt ist, heißt es im „Vat.": „Die Steuerzettel sind aber auch eine dringende Mahnung an das gesamte Volk, mit seinen Ansprüchen und Wünschen an den Staat recht vorsichtig zu sein und möglichste Zurückhaltung auf allen Gebieten zu über. Die vielfach geschmähte „Sparsucht" ist in Wahrheit nur weise Sparsamkeit. Wird sie nicht zum obersten Grundsatze in unserem Staatshaushalte erhoben, so kommen wir mit Naturnotwendigkeit, um einen Ausspruch des verstorbenen badischen Finanzministers Buchenberger zu wiederholen, nur tiefer in die Schulden und höher in die Steuern hinein. Daß der jetzige Zustand bei uns ein befriedigender wäre, wird wohl niemand behaupten. Ebenso wenig wird wohl jemand den Mut haben, angesichts der den Steuerzahlern zugemuteten Opfer zu behaupten, daß diese noch erheblich steigerungsfähig seien. Man wird wohl allgemein dem Wunsche begegnen, daß es recht bald möglich sein möchte, wieder wenigstens zu den Steuersätzen zurückzukehren, die vor Erlaß des Gesetzes vom 1. Juli 1902 maßgebend waren. Bekanntlich schreibt das erwähnte Gesetz vor, daß der neue Tarif mit Schluß des Jahres 1907 außer Kraft und an seine Stelle wiederum der in § 12 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 24. Juli 1900 enthaltene, den 25proz. Zuschlag nicht umfassende Tarif treten solle. Das Streben von Regierung und Ständen ist offenbar darauf gerichtet, es zu ermöglichen, daß schon vor dem 1. Januar 1908 die Steuerermäßigung eintreten kann Wir wollen wünschen und hoffen, daß eine derartige Entschließung schon im nächsten Landtage möglich ist. Die Voraussetzung hierfür ist aber zweifellos, daß Regierung und Stände in ihren Maßnahmen auf sparsame Finanzwirtschaft auch von dem ganzen Volke unterstützt werden. Nur so dürfte es möglich sein, schon vor dem 1. Januar 1908 zu einer Gestaltung unserer finanziellen Verhältnisse zu gelangen, die eine Rückkehr zu den früheren Sätzen des Einkommensteuertarifs gestattet."

Henry Stanley †.

Henry Morton (eigentlich James Rowland) Stanley, geb. 28 Januar 1841 bei Denbigh in Wales als Sohn des Farmers John Rowland, der, wie gestern